

# FRIEDENAUER BOTE

EINE  
STADTTEILZEITUNG  
DER SPD

NR. 1

## Aus Trotz noch ein Rathaus gebaut

Mit der Bildung der Gesamtgemeinde Berlin im Jahre 1920 verlor die Landgemeinde Friedenau ihre Eigenständigkeit und wurde Teil des Bezirks 11, des Bezirks Schöneberg. Schon vor dem 1. Weltkrieg war dieser Zusammenschluß

vorauszusehen, aber gleichsam aus Trotz oder auch als Versuch der Entwicklung zu entgehen, erbauten die Bürger von Friedenau sich ein großes Rathaus.

Am 18. Oktober 1913 (100 Jahre nach der Völkerschlacht bei Leipzig) war feierliche Grundsteinlegung für das Friedenauer Rathaus. Der Baumeister, Hans Altmann, Stadtbaurat in Friedenau, kann noch heute in Stein an der Rheinstraßenseite des Rathauses bewundert werden. Er wurde 1871 in Danzig geboren und galt nach dem Bau des Königlichen Staatsministeriums in Berlin (1899/1900) und dem Bau des Rathauses Friedenau (1914/1917) in der damaligen Architekturwelt als „ideenreicher und vielseitig künstlerischer Schöpfergeist“ und als „in Stein dichtender Baukünstler“.

Am Rathaus Friedenau wurde vor allem der „point de vue“ gelobt, d.h. die Lage des Rathaus-turmes, der – bewußt auf die Ecke gesetzt – von der Haupt- und der Rheinstraße weithin sichtbar ist.

Die schönen Werksteingliederungen der Hauptfront wurden nach dem Krieg, durch den das Rathaus teilweise zerstört wurde, nicht mehr erneuert. Auch der Ratskeller und der größte Teil der heute pompös anmutenden Inneneinrichtungen wurden nicht mehr oder in schlichterer Form ausgebaut. Das Foto zu diesem Bericht möge das verdeutlichen.

Nicht im Krieg zerstört wurde der ehemalige „Bürgersaal“, der jetzt als „Schlesiensaal“ hauptsächlich für Seniorenveranstaltungen genutzt wird.



Das Rathaus Friedenau vor der Zerstörung

Altmann, der später als freier Architekt arbeitete, erlebte die Zerstörung aber auch den Wiederaufbau des Rathauses noch mit. Er starb 1965 in Berlin.

# FRIEDENAUER BOTE



EINE  
STADTTEILZEITUNG  
DER SPD

NR.2

## Kleine Kinder - Kleine Klassen

Auf Initiative der Schöneberger SPD hat der Landesparteitag der SPD am 3. Dezember beschlossen, daß von 1982 an die Klassenfrequenz in der 1. und 2. Klasse auf 15 Schüler gesenkt werden soll. Bereits zum Schuljahr 1978/79 soll diese Verbesserung in sozial benachteiligten Ge-

bieten versuchsweise eingeführt werden. Auch in der Schöneberger Bezirksverordnetenversammlung liegt ein entsprechender Antrag vor. Urheber ist der Bezirksverordnete Ottokar Luban (SPD). Jetzt ist der Senat am Zuge.

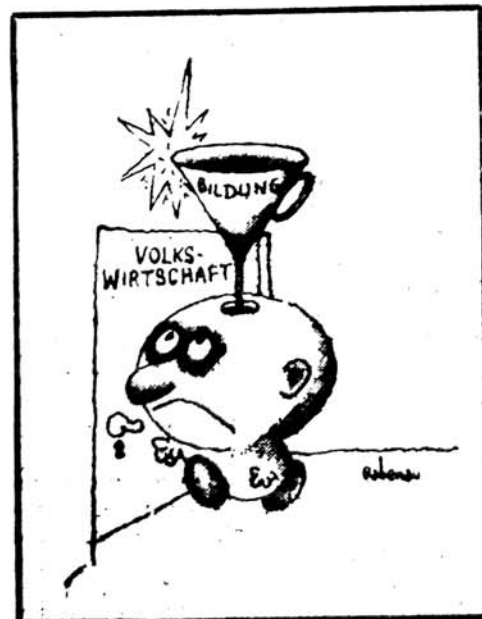
Die seit Jahren in der Elternschaft der Grundschulen andauernde Unruhe konnte durch das verdienstvolle Grundschulreformprogramm – und der jährlichen Mini-Frequenzsenkung um 0,4 Schüler (im laufenden Schuljahr 0,8) nicht beseitigt werden. Unter der Losung „Kleine Kinder – kleine Klassen“ ist der Ruf nach einer spürbaren Frequenzsenkung an der Grundschule so stark wie eh und je.

In den letzten beiden Schuljahren ist eine vermehrte Anzahl von Anfängerklassen mit ungefähr 35 Schülern zu beobachten. Während der sozialdemokratische Schulsenator Gerd Löffler in seiner Amtszeit noch eine Frequenzsenkung auf ungefähr 30 für die 1. Grundschulklassen empfahl, setzen nunmehr Schulleiter und Schulte mit ausdrücklicher Ermunterung des FDP-Schulsenators Rasch die Frequenzen in den Anfängerklassen bewußt hoch an, um Ärger mit den Eltern wegen möglicherweise in den oberen Grundschulklassen notwendig werdenden Klassenzusammenlegungen zu vermeiden.

Statt des allseitig anerkannten Prinzips „Kleine Kinder – kleine Klassen“ ist aus bloßen Opportunitätsgründen die Vermeidung von Klassenzusammenlegungen zum obersten Ziel der Schulpolitik erhoben worden.

Dabei ist auch den Nicht-Pädagogen bekannt,

daß die Grundlagen für den schulischen Wissenserwerb und auch für das Sozialverhalten in den ersten beiden Grundschulklassen gelegt werden.



aus „Vorwärts“

Da im zunehmenden Maße Kinder mit Verhaltensstörungen verschiedenster Grade in die Anfängerklassen kommen und selbst bei erfahrenen Lehrern bei den hohen Frequenzen nicht

# FRIEDENAUER BOTE



EINE  
STADTTEILZEITUNG  
DER SPD

NR.3

## Mehr Grün in Friedenau

Von der ehemaligen Gartenvorstadt Berlins, Friedenau, ist wenig übrig geblieben, viele der kleinen Landhäuser mußten Mietshäusern weichen, viel Grün dem Straßenbau. Als in der Handjerystraße im vorletzten Jahr Vorgärten der Anlage von Parkplätzen für Autos weichen mußten, war der Protest der Anwohner groß.

Zu Recht, denn wieder wurde ein Stück Grün dem Autoverkehr geopfert. Die Schöneberger SPD hat darauf hin in der Bezirksverord-

netenversammlung das Bezirksamt beauftragt, „künftig Vorgartengelände zu erhalten.“ Soll Vorgartengelände anderweitig genutzt werden, ist die Bezirksverordnetenversammlung bei Planungsbeginn zu unterrichten.“ Damit war ein entscheidender Schritt getan. Wie aber ist der Zustand der Vorgärten? Sind sie wirklich noch Schmuck der Straße und ein Stück Natur für die Anwohner?



So grün war Friedenau vor 50 Jahren

Schmiljanstraße (ehem. Kirchstraße)/  
Ecke Rheinstraße um 1925, im Vorder-  
grund die Kaisereiche, im Hintergrund

die Kirche „Zum guten Hirten“. Foto:  
Kunstant Schöneberg.

# Wer ist „echter Friedenauer“ ?

## Die Grenzen des Stadtteils Friedenau

Auf dem ehemaligen Oberfeld der Wilmersdorfer Gutsmarkung wurde 1871 die Landhaus-Kolonie angelegt, die – nach dem im gleichen Jahre geschlossenen Frankfurter Frieden – 1874 den Namen Friedenau (Frieden-Au) erhielt.

Noch heute ist erkennbar, daß der Bebauungsplan Friedenaus auf dem Reißbrett (Wilhelm v. Carstenn) entworfen wurde. Der Kern des Ortsteils entstand nach dem damaligen Siedlungsideal mit bogenförmigen Straßen und Kreisplätzen beidseits der Bundesallee, so daß diese ehemalige „Kaiserallee“ die Nord-Süd-Achse Friedenaus bildete.

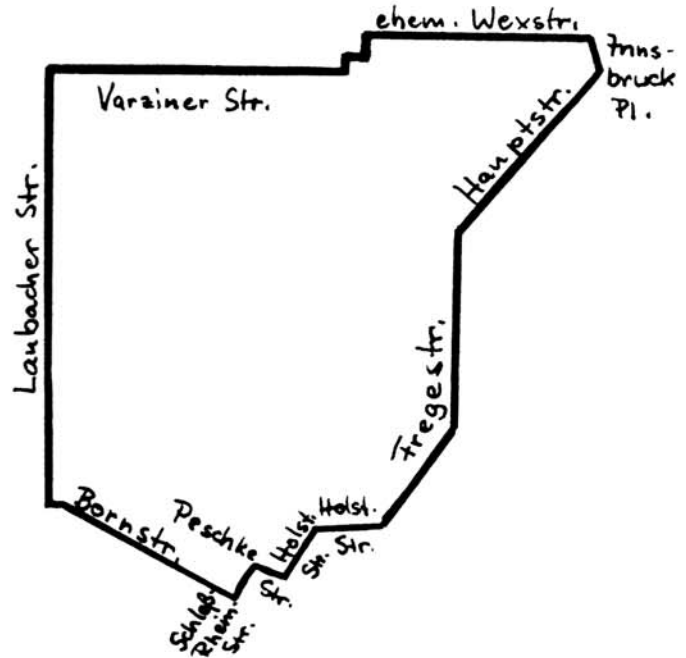
Als 1920 die Gesamtgemeinde Berlin entstand, vereinigte sich die Stadt Schöneberg mit der Landgemeinde Friedenau und wurde 11. Verwaltungsbezirk von Berlin. Mit nur geringen Abweichungen hat sich die alte Gemeinde-Grenze Friedenaus in den kartographischen Unterlagen erhalten. In der Bevölkerung hingegen wird die Ortsteilgrenze nach Schöneberg hin oft falsch angenommen.

Im Norden Friedenaus (zum Nachbarbezirk Wilmersdorf) gehören die südliche Seite der Varziner Straße, nach Schöneberg hin der gesamte Wilmersdorfer Güterbahnhof sowie der S-Bahnhof Innsbrucker Platz zu Friedenau.

Die Hauptstraße mit ihrer westlichen Seite (Grundstücke Nr. 65-76) und die Fregestraße 1-30 gehören zum Friedenauer Wohnbereich, hingegen sind die Bewohner der jeweiligen östlichen Straßenseiten „reine Schöneberger“. (Vor 1928 verlief die östliche Ortsteilgrenze Friedenaus allerdings in der nord-süd-Verbindung von der Kufsteiner Straße bis zur Friedenauer Brücke).

Die Bürger der Holsteinischen Straße 30-43 und der Peschkestraße 18-21 sind ebenfalls „Friede-

nauer“ (Schöneberger), während ihre gegenüber wohnenden Nachbarn sowie die Bewohner der Häuser Rheinstraße 42-40 und Schloßstraße 130-129 Steglitzer sind.



Insbesondere gehört der Walter-Schreiber-Platz mit der nördlichen Bebauung der Bornstraße (Nachbarbezirk Steglitz) und der östlichen Seite der Laubacher Straße (gegenüber = Verw. Bezirk Wilmersdorf) bis zur Varziner Straße zum Friedenauer und somit Schöneberger Gebiet. Dieser Verlauf der Ortsteilgrenze Friedenaus ist gleichzeitig die südliche und westliche Grenze des Verwaltungsbezirks Schöneberg.

Anmerk.:

Unter der Seite einer Straße ist grundsätzlich die Straßenfluchtlinie bzw. -begrenzungslinie zu verstehen.

Margot Przesang

## Ceciliengärten – Baudenkmal oder Schandfleck?

Städtebaulich und architektonisch werden die 1922-1926 von Heinrich Lassen als Straßenbahnersiedlung errichteten Ceciliengärten (die Grünanlage existierte schon seit 1912) als mustergültig beschrieben. Wie aber steht es um die vormalig reizvollen Grün- und Brunnenanlagen? Immer wieder erhalten wir Briefe und Telefonate, die uns auf den verwahrlosten Zustand der Grünanlagen hinweisen. Da ist die Rede von Hundelaufgebiet, Fußballplatz und Ralleystrecke für Mopeds. Wie gedenkt das Bezirksamt, die Attraktivität der Ceciliengärten wieder herzustellen, oh-

ne daß die Kinder dabei auf ihre Spielflächen verzichten müssen? Wir befragten den Schöneberger Baustadtrat Kunkel (CDU) dazu. Leider konnte er uns nicht mehr mitteilen, als daß man „langfristig“ und nach Beratungen mit dem Landeskonservator „die alte Fassung im Auge habe.“ Die SPD wird ihre Mitglieder im Grünausschuß auffordern, sich mit dem Thema Ceciliengärten sofort nach der Sommerpause zu beschäftigen, um auch kurzfristig zu einer befriedigenden Lösung für die Anwohner zu kommen.

# FRIEDENAUER BOTE



EINE  
STADTTEILZEITUNG  
DER SPD

NR. 5

## Mehr Markt für Friedenau

Zusätzlicher Markttag

Die Anregung kam von den Schöneberger Bezirksverordneten. Das Bezirksamt sollte prüfen, ob nicht einmal in der Woche auch am Nachmittag die Händler auf einem der Schöneberger Märkte ihre Waren anbieten können. Wirt-

schaftsstadtrat Alfred Gleitze (SPD) versprach eine Prüfung, gab aber gleichzeitig zu, daß er dem Vorhaben keine allzu große Chance einräume.

Dennoch konnte er dem Ausschuß für Wirtschaft und Grundvermögen am 9. November 1978 die Mitteilung machen, daß mit Beginn des nächsten Jahres – zunächst probeweise für 12 Monate – an jedem Donnerstag von 13.00 bis 18.00 Uhr die Friedenauer Hausfrauen eine zusätzliche Einkaufsmöglichkeit auf dem Breslauer Platz haben werden.

solche Mühe und machen von der Möglichkeit eines nachmittäglichen Marktbummels regen Gebrauch.

„Ich bin so froh, daß unsere Markthändler spontan zugesagt haben, mit uns dieses Neuland zu betreten“ sagte Alfred Gleitze dem „Friedenauer Boten“. Vertreter aller Branchen, die an den traditionellen Markttagen Mittwoch und Sonnabend am Vormittag auf dem Platz vor dem Rathaus Friedenau vertreten sind, werden auch am Donnerstag-Nachmittag ihre Stände aufbauen.

Gleitzes Skepsis beruhte übrigens zunächst darauf, daß sehr viele bürokratische Hürden zu überwinden waren. Aber die Mitarbeiter des energischen Kommunalpolitikers ließen ihren Chef nicht im Stich und boxten bei allen Stellen die notwendigen Genehmigungen durch. So konnte das dem Stadtrat unterstehende Wirtschaftsamt nun den Probelauf starten. Startschuß wird am 4. Januar 1979 sein. Hoffentlich honorieren die Friedenauer Kunden dann



Richtet 1979 einen weiteren Markttag für Friedenau ein: Alfred Gleitze (SPD), Stadtrat für Finanzen und Wirtschaft.

# FRIEDENAUER BOTE



EINE  
STADTTEILZEITUNG  
DER SPD

NR. 6

## Friedenau, ein Opfer der Spitzhacke ?

Fällt Friedenau der Spitzhacke zum Opfer? Diese Frage stellen sich nach dem Abriß von Vorgärten in der Handjerystraße, einer Villa in der Sarrazinstraße und dem drohenden Abriß eines Hauses in der Lauterstraße viele besorgte Friedenauer.

In Anwesenheit des Landeskonservators, Prof. Dr. Engel, und von Mitarbeitern des Senators für Bau- und Wohnungswesen hat die Friedenauer SPD in einer Versammlung Bilanz gezogen.

Es sind die ruhigen Wohnstraßen mit ihrem Grün, die großen, preiswerten Wohnungen, die kleinen Parks und Plätze, aber auch die Nähe zur City und zum Steglitzer Einkaufszentrum, die die hohe Wohn- und Lebensqualität Friedenaus ausmachen. Vor allen gehört aber der Charakter der Bauten dazu. Die vielen kleinen Landhäuser und Villen, die noch an die Anfänge des bürgerlichen Vorortes Friedenau erinnern, die Stuckfassaden der großen Miethäuser mit ihren grünen Vorgärten.

Und hier lauern die Gefahren. Die hohen Grundstückspreise provozieren eine „bessere Ausnutzung“ der Grundstücke. Im Klartext: Die alten Villen müssen viergeschossigen Wohnhäusern weichen.

Und leider sind viele Eigentümer von Miethäusern allein an Mietekünften, nicht aber am Zustand der Häuser und Wohnungen interessiert. Ein schleichender Verfall ist die Folge. Schließlich nehmen die Autos immer mehr Besitz von den Straßen und Plätzen.

Hier muß Einhalt geboten werden, und es ist höchste Zeit.

Geplant ist, Teile Friedenaus zum geschützten Baubereich zu erklären, um damit den Gesamtcharakter zu schützen. Einzelne Bauten sollen zu Baudenkmalern erklärt werden.

Auch soll das Bundesbaugesetz bei der Erhaltung von abrißgefährdeten Häusern strenger angewandt werden.

Vor allem aber ist eine „Politik der vielen kleinen Schritte notwendig“, wie der Landeskonservator, Prof. Dr. Engel, erklärte. Dazu gehören Fassadenrenovierungen, Dacherneuerungen unter historischen Aspekten, Vorgartenpflege und vieles mehr. Hier hat er seine Unterstützung zugesagt.

## Sozialhilfe – Ihr gutes Recht



von Eva Liebchen, Vorsitzende des Ausschusses für Sozialwesen

Unter dem Titel „Sozialhilfe – Ihr gutes Recht“ hat der Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit eine Broschüre herausge-

geben, um Bürger mit geringem Einkommen – vor allem unter der älteren Bevölkerung – über ihre Rechtsansprüche auf Sozialhilfe zu informieren. Sozialhilfe hat nichts mit der früheren Fürsorge zu tun. Sie ist eine moderne soziale Leistung wie das Kindergeld, das Wohngeld oder die Ausbildungsförderung. Sie hilft nicht nur mit Geld, sondern bietet auch persönliche Hilfen an. Nehmen Sie darum, wenn Sie sich in einer Notlage befinden, dieses Angebot staatlicher Hilfeleistungen als „Ihr gutes Recht“ in Anspruch. – Was ist nun Sozialhilfe? Es gibt ein Gesetz, das jedem Hilfe garantiert, der in Not ist und die Notlage allein oder mit Hilfe anderer nicht meistern kann: Das Bundessozialhilfegesetz, kurz BSHG genannt. Dieses Gesetz ist ein sehr menschliches Gesetz. Es fragt nicht nach den Ursachen der Notlage. Widrige Umstän-

## Integration behinderter Kinder in Regelschulen

Auf Antrag des Bezirksverordneten Wolfgang Bertsch (SPD) soll sich das Bezirksamt Schöneberg beim Schulsenator dafür einsetzen, daß an mindestens zwei Schöneberger Grundschulen ein Modellversuch zur Integration behinderter Kinder durchgeführt werden kann. Kinder, die im Rollstuhl fahren müssen und geistig völlig normal sind – aber auch „gesunde“ Kinder, die große Lernschwierigkeiten haben – wurden bisher in der Regel an Sonderschulen überwiesen.

Wir sollten damit aufhören, Kinder, die schon unter besonderen Umständen aufwachsen, in einer „Ausnahmeschule“ zusammenzufassen, und sie damit der Gefahr auszusetzen, als Außenseiter der Gesellschaft abgestempelt zu werden.

## Kurz notiert . . .

### Gedenktafel für Karl Hofer

Auf Anregung des Fraktionsvorsitzenden der SPD, Wolfgang Bertsch, wurde für den Schöneberger Kunstmaler und ehemaligen Direktor der Hochschule der Künste, Karl Hofer, am Haus Grunewaldstr. 44, in dem er jahrelang lebte und arbeitete, eine Gedenktafel angebracht.

### Neue Seniorenfreizeitstätte

Im Mai konnte im Bezirk Schöneberg, in der Bülowstraße 94/95, Ecke Frobenstraße, ein neues Seniorenwohnhaus eingeweiht werden. Im gleichen Haus befindet sich auch eine Seniorenfreizeitstätte.

### 700 Jahre Schöneberger Geschichte

Das Heimatmuseum Schöneberg im Haus am Kleistpark, Grunewaldstr. 6-7, zeigt einen interessanten Überblick über die Geschichte Schönebergs und Friedenaus. Bei freiem Eintritt kann die Ausstellung zu folgenden Zeiten besucht werden: Montag, Mittwoch, Freitag von 9 bis 12 und von 13 bis 15 Uhr, donnerstags von 16 bis 20 Uhr.

In der zukünftigen Schule sollten daher die behinderten Kinder besonders gefördert werden, aber gemeinsam mit anderen Kinder aufwachsen. Nachdem seit Jahren an der Fläming-Grundschule (in der Illstraße an der Kaisereiche) ein solcher Modellversuch sehr erfolgreich verläuft und an der Pädagogischen Hochschule Berlin genaue Vorstellungen für eine solche Schu-

le ohne Aussonderung Behinderter erarbeitet worden sind, hat die sozialdemokratische Fraktion den Vorschlag unterbreitet, das „Jahr des Behinderten“ 1981 nicht nur mit Reden, sondern mit Taten zu begehen!

ÜBRIGENS: Schulprobleme aller Art werden jeden Monat im bezirklichen Schulausschuß, an dessen Sitzungen jeder Interessierte teilnehmen kann, ausführlich diskutiert. Diese Sitzungstermine können Sie jederzeit im Rathaus Schöneberg (Telefon: 783 22 04) erfragen.

## Was wird aus dem Spielplatz Nied-/Albestraße?

Viel Unruhe hat es in letzter Zeit um den Spielplatz Nied-/Albestraße gegeben.

Anlaß dazu sind Pläne des Bezirksamtes zur Bebauung. Der Stadtrat plant ein Seniorenheim als Ersatz für das in der Laubacher Straße.

Michael Barthel (SPD), der Schöneberger Jugendstadtrat, benötigt das Gelände für den Bau einer Kindertagesstätte. Um die Plätze bald zur Verfügung zu haben – denn in Schöneberg warten 2000 Kinder auf einen Kita-Platz – plant er eine

Kombination mit Wohnungen für zuziehende Arbeitnehmer mit Kindern. Bauträger wäre die ARWO-Bau.

Mit der Bürgerinitiative, die sich für den Erhalt des Spielplatzes einsetzt, hat Barthel verabredet, daß bei der Planung möglichst viel Spielfläche erhalten bleiben soll.

Den Vorwurf, daß seine Planungen gegen die Interessen der Kinder gehen, läßt Stadtrat Barthel nicht gelten: „Kindertagesstättenplätze sind in Schöneberg dringend erforderlich, den wartenden Kindern muß schnell geholfen werden“.

### Ihre sozialdemokratischen Bezirksverordneten in Friedenau:

Wolfgang BERTSCH  
Stubenrauchstr. 10  
1000 Berlin 41  
Tel.: 851 47 95

Fraktionsvorsitzender  
Mitglied des Ältestenrates  
des Schulausschusses und  
des Haushaltsausschusses

Karen GREVE  
Handjerystr. 42  
1000 Berlin 41  
Tel.: 852 47 31

Mitglied im Schulausschuß, im Ausschuß  
für Gesundheitswesen,  
Schulpolitische Sprecherin der Fraktion

Eva LIEBCHEN  
Wielandstr. 35  
1000 Berlin 41  
Tel.: 851 76 13

Vorsitzende des Sozialausschusses, Mitglied  
des Schulausschusses und des Ausschusses  
für Volksbildung und Kunst.  
Sozialpolitische Sprecherin der Fraktion.  
Ehrenamtliche Sozialpflegerin in der Sozial-  
kommission 5 b.  
Mitglied der Arbeiterwohlfahrt und der  
Industriegewerkschaft Metall.

# Unsere Initiativen für Sie

## Schließung Handjerystraße

Bei der SPD-Fraktion der Schöneberger Bezirksverordnetenversammlung ist brieflich von einer Gruppe von Bürgern, die in der südlichen Handjerystraße zwischen Bundesallee und Schmiljanstraße wohnen, der Wunsch geäußert worden, die Handjerystraße an der Schmiljanstraße abzusperrten und damit den Taxi- und LKW-Schleichverkehr zu stoppen.

Kontakt mit den betroffenen Bürgern über Frau Viola Grünig: Tel.: 815 53 13 und für Tiefbau- und Verkehrsfragen: Joachim Biller 213 11 66 (SPD-Sprecher im Tiefbau- und Verkehrsausschuß)

## Gehwegparken zurückgenommen

Seit Jahren setzt sich die Schöneberger SPD dafür ein, die Autos wieder auf ihre Fahrbahn zurückzubringen. Unser Ziel ist es, die noch übriggebliebenen Straßenbäume zu schützen und den Bürgersteig den Kindern und Fußgängern wieder zurückzugeben. Das ist zwar für den Autofahrer etwas unbequemer, weil er natürlich in einer schmaleren Straße langsamer fahren muß als in einer breiten. Es erhöht aber die Sicherheit von Fußgängern und spielenden Kindern.

So konnten wir durchsetzen, daß das Gehwegparken in der Handjerystraße zwischen Perelsplatz und Renee-Sintenis-Platz zurückgenommen wird. Leider haben viele Autofahrer das noch gar nicht bemerkt oder ist das nur die Macht der Gewohnheit?

## Mehr Bänke auf Gehsteigen

Auf Grund einer Anregung der Schöneberger SPD-Fraktion sind in letzter Zeit auf Gehsteigflächen, öffentlichen Plätzen und in Grünanlagen in Schöneberg verstärkt Bänke aufgestellt worden, um insbesondere älteren Mitbürgern und Gehbehinderten „Rastplätze“ zu bieten.

## Das WK-Hochhaus wankt nicht!

Auf Grund besorgter Anfragen von Mietern aus dem WK-Hochhaus am Innsbrucker Platz, die nach dem U-Bahnbau um die Standfestigkeit ihres Hauses bangten, hat sich die SPD-Fraktion informiert und erfahren, daß während der gesamten Bauzeit und auch 1981 in unregelmäßigen Abständen (pro Jahr 2-5 mal) bei 5 Häusern die Höhenbolzen kontrolliert und keine Setzungen festgestellt wurden. Es handelt sich um die Häuser Eisackstr. 29, Erfurter Str. neben Neuapostolischer Kirche, Hochhaus Innsbrucker Platz 4, WK-Hochhaus und Ebersstr. 42.

Die maximale Absenkung des Grundwasserspiegels am Innsbrucker Platz betrug ca. 10 m. Die Unterlagen hierüber befinden sich beim Senator für Bau- und Wohnungswesen, Abt. V b C 1.

## Gedenktafel für Hans Baluschek

In Heft 6 des *Friedenauer Boten* berichteten wir in der Serie „Berühmte Friedenauer Bürger“ über den sozialkritischen Maler und Schriftsteller Hans Baluschek. Jetzt wurde zu seinem Andenken in der Sempnerstraße an der Toreinfahrt zu den Ceciliengärten an seinem 46. Todestag, am 28.9.81, eine Tafel mit der Aufschrift

„Hier lebte, malte, zeichnete  
und schrieb  
Hans Baluschek  
1929 – 1933

angebracht. Die Gedenkrede hielt Volksbildungsstadtrat Ottokar Luban (SPD), der ausführlich auf das künstlerische und sozial engagierte Leben Baluscheks einging. Er regte u.a. an, eine Gesamtausstellung mit den in Ost und West befindlichen Werken Baluscheks an einer zentralen Ausstellungstätte in Berlin (West) zu veranstalten. Der bei der Enthüllung der Gedenktafel anwesende Leiter der Staatlichen Kunsthalle Berlin, Herr Ruckhaberle, sagte zu, daß er sich in diesem Sinne bemühen wolle und gute Chancen für eine Verwirklichung des Vorhabens sieht.

## Was ist los im Ulmenhof?

Wird eine große Kindertagesstätte gebaut oder wird aus dem Ulmenhof oder Georg-Herrmann-Garten ein kleiner Park für die Friedenauer? Mit dieser Frage beschäftigen sich zur Zeit die Schöneberger Kommunalpolitiker.

Bis vor einigen Jahren stand auf dem Gelände zwischen Bundesallee, Stubenrauch- und Goßlerstraße ein Kinderheim des Pestalozzi-Fröbel-Hauses. Als dieses ein neues Haus bezog, wurde das alte abgerissen, an dessen Stelle sollte eine neue Kindertagesstätte gebaut werden. Mit vielen Mühen wurden Pläne entwickelt, die Finanzierung abgesichert. Der Bau könnte 1982 beginnen. Und es würden damit dringend notwendige Kitaplätze geschaffen, immerhin stehen in Schöneberg noch immer über 2.000 Kinder auf der Warteliste.

Inzwischen haben sich aber eine große Zahl von Friedenauern (u.a. eine Bürgerinitiative und die Jungsozialisten) für den öffentlichen Park im Ulmenhof stark gemacht.

Schönebergs Stadtrat für Jugend und Sport, Michael Barthel (SPD), hat nun die schwierige Aufgabe, den Konflikt zwischen Kindertagesstätte und Park zu lösen. Er läßt derzeit noch einmal den genauen räumlichen Bedarf für Kitaplätze prüfen, und er läßt untersuchen, ob an anderen Stellen in Friedenau die notwendigen Plätze geschaffen werden können. Denn auch Stadtrat Barthel hält die Wünsche nach einem öffentlichen Park Ulmenhof für sehr verständlich.

## Preußen und seine Post,

so heißt eine Ausstellung im Berliner Post- und Fernmeldemuseum, Berlin 30, An der Urania 15, die noch bis zum 31.12. gezeigt wird. Öffnungszeiten: Di-Fr von 10 bis 16 Uhr, samstags und sonntags von 10 bis 13 Uhr.



# FRIEDENAUER BOTE



EINE  
STADTTEILZEITUNG  
DER SPD

**NR. 11**

**Sonderausgabe**

## Angst um die Wohnung

**Probleme der Mieter bei der Umwandlung  
von Miet- in Eigentumswohnungen**

öffentliche Veranstaltung mit

**Gerald Lorenz**  
Abgeordneter

**Michael Barthel**  
Stellv. Bezirksbürgermeister

und den Bezirksverordneten

**Otto Edel   Eva Liebchen   Hanns Leske**

**am Dienstag, 27. April um 19.30 Uhr im Rathaus Friedenau, Spiegelsaal**

### **Angst um die Wohnung!**

#### **Was kommt auf uns zu?**

Viele Mitbürger und Mitbürgerinnen fühlen sich in ihren Wohnungen nicht mehr sicher. Spekulanten, die Mietwohnungen in Eigentumswohnungen "umwandeln" und dann zum Kauf anbieten, bedrohen ihr Wohnrecht.

Besonders attraktiv für die "Umwandler" sind Berlins Wohnbereiche mit einem hohen Altbaubestand. Dabei ist nicht etwa der Zustand der Häuser ausschlaggebend. Die können zum Zeitpunkt der Umwandlung Mängel in der Substanz und im Instandsetzungsgrad aufweisen. Vielmehr machen Citylage, Umgebung mit Grün und Freizeiteinrichtungen sowie Größe

der Wohnungen und die Möglichkeit der Baulichen Veränderungen den besonderen Reiz für Spekulanten aus.

Was an unheilvoller Entwicklung auf ihn zukommt, registriert der Mieter erstmals dann, wenn eine andere Person oder Gesellschaft um die Zahlung der Miete bittet. Schnell entwickeln sich dann Gerüchte. Überraschende Baumaßnahmen, die jahrelang unterblieben, deuten Veränderungen an. Zur Sicherheit tragen sie nicht bei. Meist kommt dann das "Vorzugsangebot" zum Kauf der eigenen Wohnung. Spätestens dann ist der soziale Friede im Haus dahin.

# FRIEDENAUER BOTE



EINE  
STADTTEILZEITUNG  
DER SPD

Nr. 12

## Die Ceciliengärten – ein Denkmal?

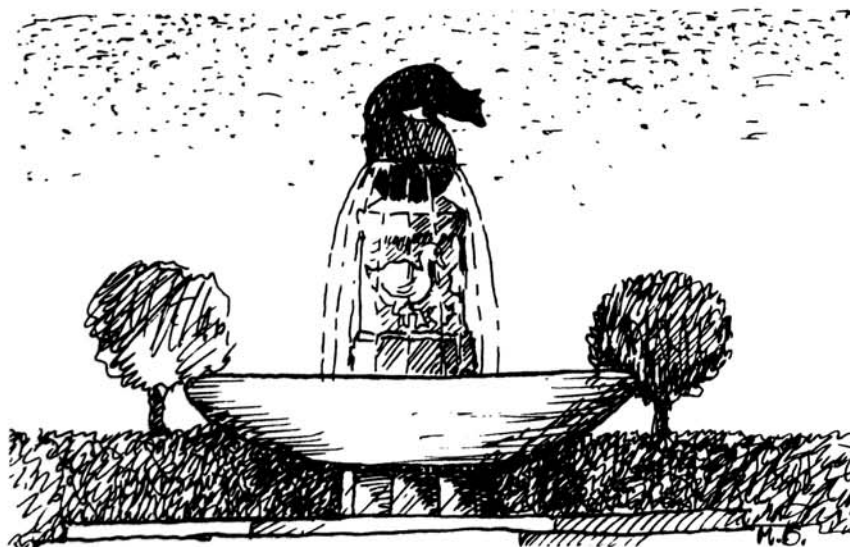
In den vergangenen Wochen sind wiederholt die verschiedensten Gerüchte über eine Umgestaltung der Grünflächen im Bereich der Ceciliengärten aufgetaucht. Wir – die Friedenauer SPD – wollen Sie deshalb über den aktuellen Stand der Dinge informieren.

Die Ceciliengärten wurden im vergangenen Jahr zum geschützten Gartendenkmal erklärt. Der Senator für Stadtentwicklung und Umweltschutz hält es deshalb „für dringend notwendig, daß in den Ceciliengärten eine Grünanlage erstellt wird, die den geschichtlichen Maßstäben der Wohnbebauung angeglichen wird“. Es sollen unter anderem eine Brunnenanlage einschließlich Wasserbecken sowie ein Kinderspielplatz entstehen.

Der vom Bezirksamt Schöneberg für 1987 geplante entsprechende Baubeginn ist allerdings vom Finanzsenator wegen der Höhe der Kosten (insgesamt 1,4 Millionen DM) nicht genehmigt und aus der Investitionsplanung gestrichen worden, so daß keinesfalls vor 1988 mit den Arbeiten begonnen werden kann, vorausgesetzt die Maßnahme wird wegen der finanziellen Situation nicht noch weiter hinausgeschoben oder sogar ganz gestrichen.

Bei allen Maßnahmen in der Zwischenzeit kann es sich nur um kleine „Reparaturen“ handeln – wie zur Zeit die Erneuerung des Rasens. Es bleibt also genügend Zeit für das Bezirksamt, die Bezirksverordnetenversammlung und nicht zuletzt für die Anwohner, zu überlegen, wie die Grünanlage der Ceciliengärten gestaltet werden kann, damit sie den vielfältigen Interessen der Anwohner – mit und ohne Kinder – mit und ohne Hunde! – gerecht werden kann.

Im zuständigen Hochbauausschuß ist man sich darüber im klaren, daß nicht nur die historische Grünanlage wiedererstanden kann, sondern auch Spielflächen für Kinder erhalten bleiben müssen, insbesondere für Kleinkinder. Aber auch für die Jugendlichen der Umgebung ist das Angebot an Spiel- und Freizeitflächen absolut ungenügend, zumal nach der Schließung des Spielgeländes in der Sponholzstraße, wo in Kürze mit dem Bau einer zugegebenermaßen dringend benötigten



Der Fuchsbrunnen in den Ceciliengärten in seinem ursprünglichen Aussehen

# Innsbrucker Platz

## - Verkehrskreuz oder Bindeglied

### zwischen Schöneberg und Friedenau?

Daß früher einmal an der Verbindungsstraße zwischen Berlin und Potsdam in Schöneberg ein schmucker und städtebaulich bedeutender Rundplatz lag, der von den Anwohnern als Ruhezone genutzt wurde, daran erinnert nichts mehr, wenn man die Hauptstraße von der Martin-Luther-Straße aus in südliche Richtung entlangschlendert. Als der Straßenbahnbetrieb in diesem Bereich 1950 herausgenommen wurde, begann die etappenweise Umwandlung des Innsbrucker Platzes. 1967 beseitigte man auch noch die einst von dem Gartenarchitekten Tümmler angelegte Insel und schuf eine nach den damaligen Vorstellungen moderne großstädtische Verkehrskreuzung, die vor allem den Belangen des Autoverkehrs in jeder Hinsicht gerecht werden sollte.

Verkehrsplaner, Architekten und selbst Stadtplaner glaubten damals, mit dem Umbau des Innsbrucker Platzes einen wesentlichen Beitrag zur Gestaltung eines neuen Stadtbildes geleistet zu haben.

17 Jahre lang war dieser Platz eine der größten und gefürchtetsten Baustellen im Westen Berlins. Die Baustellen sind inzwischen verschwunden, geblieben aber ist die Furcht, nämlich die der Anwohner vor dem Moloch Verkehr, der sich hier tagtäglich vorbeiwälzt.

In dem Verkehrskreuz, das in 5 Ebenen bis 18 m unter die Erde reicht, wurden 90 000 Kubikmeter Beton und 15 000 Tonnen Stahl für insgesamt über 130 Mio DM verbaut. Da nehmen sich die 5 Mio DM, die für die gärtnerische und „städtebauliche“ Gestaltung ausgegeben wurden, sehr bescheiden aus. Eine dreiviertel Million DM entfallen davon noch auf die Nachbildung des in der Innsbrucker Herzog-Friedrich-Straße stehenden Marmorbrunnens, die der Bildhauer Adalbert Kuttler geschaffen hat.

Bei einem Stadtteilspaziergang, zu dem die Schöneberger SPD eingeladen hatte, wurde aus dem Kreis engagierter Mitbürger, die den Innsbrucker Platz auch ohne „fahrbaren Untersatz“ über- oder unterqueren wollen, deutliche Kritik laut. Der

„Friedenauer Bote“ hält die hierbei diskutierte Thematik für so wichtig, daß er dieses Problem aufgegriffen hat, um die einzelnen Punkte einmal zusammenzufassen.

Die Radfahrer bemängelten, daß das Radwegesystem im Bereich des Innsbrucker Platzes nicht alle Fahrtrichtungen umfaßt und auch nicht mit dem Schöneberger Radwegenetz in Richtung Innenstadt verbunden ist.

An der Einmündung der Ebersstraße in den Innsbrucker Platz fehlt eine sichere Trennung von Fuß- und Radweg. Die Fußgänger vermissen die Öffnung des im Rohbau schon fertiggestellten Tunnels unter der Hauptstraße, um sicheren Fußes von der einen auf die andere Platzseite gelangen zu können.

Zur kritischen Situation kommt es jeden Tag vor der Apotheke, wenn die in Richtung Süden von der Haltestelle abfahrenden Autobusse die Spur der zur Autobahn bzw. zur Wexstraße rechts abbiegenden Verkehrsteilnehmer kreuzen müssen. Hier könnte eine sog. Busschleuse, d.h. eine Vorrangschaltung ähnlich wie sie sich an der Kaisereiche hervorragend bewährt hat, Abhilfe schaffen. Kaum faßbar, daß bei dem 130 Mio DM-Projekt die Planer die dafür erforderlichen Kabel vergessen haben vorzusehen.

Ein Verlegen der Haltestelle unter die S-Bahn-Brücke würde den Verzicht auf den dort angelegten Radweg bedeuten und die Umsteigesituation zwischen den einzelnen Buslinien unnötig verschlechtern.

Dies sind Kritikpunkte, die eigentlich das Schöneberger Baudezernat schon längst zum Handeln hätte veranlassen müssen, zumal sich die Wohnbebauung um den Innsbrucker Platz noch ausweitet.

Auch die Straßenverkehrsbehörde könnte mit dazu beitragen, daß der Innsbrucker Platz verkehrssicherer wird. Mit 80 km/h kommen die Autofahrer von der Stadtautobahnabfahrt aus Richtung Wilmersdorf auf den Innsbrucker Platz „zugeschossen“. Die erst kurz vor dem Platz vorgeschriebene Geschwindigkeitsbegrenzung auf die in der ganzen Stadt üblichen 50 km/h sollte

schon direkt an der Ausfahrt beginnen.

Der „Friedenauer Bote“ hat die von Schöneberger Mitbürgern geübte Kritik aufgenommen und gleichzeitig dazu Lösungsvorschläge unterbreitet, so daß nunmehr die Verwaltung am Zuge ist.

Die Bezirksverordneten der SPD werden darauf achten, daß diese berechtigten Kritikpunkte der Schöneberger verwaltungsseitig nicht nur zu den Akten gelegt werden.

Der Innsbrucker Platz ist kein Einzelfall. Schreiben Sie an die Redaktion des „Friedenauer Boten“ oder wenden Sie sich direkt an mich:

**Wolfgang Jähnichen**  
Ceciliengärten 40  
1000 Berlin 41

SPD-Kandidat für die Bezirksverordnetenversammlung)

## **83er Bus endlich als Doppeldecker?**

Ab 1987 sollen die S-Bahn-Brücken über die Rubensstraße neu gebaut werden. Sie sind in einem so schlechten baulichen Zustand, daß eine Grundinstandsetzung nicht mehr sinnvoll ist. Selbstverständlich werden die neuen Brücken so breit sein, daß der jetzige Verkehrsengpaß beendet sein dürfte, und vor allem so hoch, daß der 83er Bus als Doppeldecker fahren kann.

Bis es jedoch so weit ist, könnte der 83er auch als Doppeldecker fahren, wenn die Rubensstraße unter den Brücken geringfügig abgesenkt wird. Ob das technisch möglich ist bei nicht allzu hohen Kosten läßt die SPD-Fraktion der Bezirksverordneten-Versammlung gerade vom Bezirksamt prüfen. Denn die Finanzierung des Neubaus der Brücken ist noch nicht voll gesichert, so daß der jetzige Zustand eventuell noch Jahre andauern kann.

# FRIEDENAUER BOTE



EINE  
STADTTEILZEITUNG  
DER SPD

Nr. 14

**8. Mai 1945 - 10. März 1985**

8. Mai/10. März: Das sind zunächst einmal zwei Daten, die nichts, aber auch wirklich nichts, miteinander zu tun haben. Diese Ausgabe des „Friedenauer Boten“ stellt sie trotzdem nebeneinander.

Der 10. März 1985 war ein normaler Tag, ein normaler Wahltag, dessen Ergebnisse die einen freuen, die anderen ärgern, die dritten sich wundern lassen. Es waren freie Wahlen wie in den Jahren zuvor, wie wir sie gewohnt sind, wie wir sie behalten wollen. Der 10. März steht für die Selbstverständlichkeit unseres politischen Lebens.

Der 8. Mai 1945 war ein besonderer Tag. Die Kapitulation des Deutschen Reiches vor den Siegermächten des Zweiten Weltkrieges, der – was wir nie vergessen dürfen – von uns Deutschen begonnen wurde, war für viele der Tag der „Befreiung“, für die meisten der Tag des „Zusammenbruchs“. In der Tat ist damals viel in die Brüche gegangen: der deutsche Großmachtanspruch, der deutsche Nationalstaat, das „Deutschtum“; an deutschem Wesen wird die Welt nie wieder genesen. Zusammengebrochen war eine staatliche Ordnung des Unrechts, der Unfreiheit, der Willkür; befreit wurden deren Opfer: das Recht, die Freiheit, die Demokratie. Hierfür wurde auf allen Seiten ein Blutzoll entrichtet, der seinesgleichen in der Geschichte sucht. Dies wollen wir nicht noch einmal erleben.

Der 8. Mai 1985 ist zu allererst ein Gedenktag. Er erinnert an den Untergang der nationalsozialisti-



Nie wieder Krieg  
Plakat Lithographie Nr. 714 von 1924

# FRIEDENAUER BOTE



STADTTEILZEITUNG  
DER SPD

NR. 17 JUNI 1986

## Wohnen muß bezahlbar bleiben!

Endgültige Absage an „Weißen Kreis“

Die Berliner SPD startet in diesen Tagen ihre Kampagne zur dauerhaften Beibehaltung der Mietpreisbindung für Berliner Altbauwohnungen. Zur Begründung weist der Baupolitische Sprecher der SPD, der Charlottenburger Abgeordnete Wolfgang Nagel, darauf hin, daß eine Beendigung der Mietpreisbindung Ende 1987 erhebliche Mietensprünge im Altbau nach sich ziehen würde. Dies sei bereits in der Vergangenheit in westdeutschen Großstädten wie München und Hamburg der Fall gewesen. Schon jetzt nehme der Bestand an preiswerten Wohnungen immer mehr ab, ohne daß die Mieter eine Ausweichmöglichkeit hätten.

Nach Meinung der SPD sollten auch die Sozialmieter in die Kampagne einbezogen werden. Denn hohe Altbauwohnungen haben auch einen ungünstigen Einfluß auf die Sozialmieten. Unter Nagel's Leitung hat die Berliner SPD einen Gesetzentwurf zur Mietpreisbindung erarbeitet, der jetzt über das Abgeordnetenhaus nach Bonn weitergeleitet werden soll. CDU und F.D.P. haben bislang jede

zeitlich zu befristen und einen dauerhaften Mieterschutz zu gewährleisten. Erstmals sollen auch die Mietsteigerungen



deutlich nach oben begrenzt werden. Je nach Ausstattung der Wohnung mit Bad oder Zentralheizung soll die Miete einen bestimmten Betrag nicht überschreiten, so daß künftig Mieter durch teure Modernisierungsmaßnahmen nicht mehr aus ihrer Wohnung hinausgedrängt werden können. Außerdem soll der so-

*Liebe Leserin, Lieber Leser*  
der Friedenauer Bote befaßt sich selten mit der „großen“ Politik. Er ist für den Kiez geschrieben und nimmt sich der Dinge an, die wir hier und heute vor Ort erfahren. Diesmal aber können und wollen wir nicht an zwei Ereignissen vorbeigehen, die Weltschlagzeilen gemacht haben: Der Sprengstoffanschlag auf „La Belle“ spielte sich in unserer nächsten Umgebung ab; die Reaktorkatastrophe von Tschernobyl traf auch uns und wirkt fort.

*Jeder von uns hat sich seinen eigenen Reim auf die Dinge gemacht. Mein Nachgeschmack ist Hilflosigkeit. Ich bin hilflos, weil ich mich gegen willkürlich gelegte Bomben nicht wehren kann. Ich tröste mich – makaber genug – damit, daß solche Attentate nur einen vergleichsweise kleinen Personenkreis treffen. Anders bei Tschernobyl. Die Veränderung kommt lautlos, geruchlos, geschmacklos; sie ist nicht jetzt, sondern erst in Jahren spürbar. Dagegen schützen keine Bunker, keine Duschen, keine vordergründigen Vorsichtsmaßnahmen. Meine Konsequenzen habe ich gezogen. Mein Leben wird sich nicht ändern, aber meine Einstellung zur Atomenergie – endgültig.*

*Fehler, die gemacht werden können, werden gemacht: das ist die Lehre dieser Tage. Das REST-RISIKO entscheidet.*

*Peter Puchmüller*

genannte Instandhaltungszuschlag von 2 % entfallen, da nach Meinung der SPD die Eigentümer nicht für eine Selbstverständlichkeit belohnt werden dürfen. Zum Mietverhältnis gehört nämlich die Pflicht der Eigentümer, aus der ihnen zufließenden Miete das Haus ordnungs-

Fortsetzung auf Seite 2

### RETTET DIE MIETPREISBINDUNG

Öffentliche Veranstaltung  
der SPD in Friedenau mit:

**Wolfgang Nagel**  
Mitglied des Abgeordnetenhauses  
SPD-Fraktion

am Dienstag, dem 24. Juni 1986  
19.30 Uhr  
im Rathaus Friedenau, Raum 109

Initiative in dieser Hinsicht abgelehnt. Die Vorschläge der SPD sehen erstmals vor, die Mietpreisbindung nicht mehr

# FRIEDENAUER BOTE



STADTTEILZEITUNG  
DER SPD  
NR. 21 November 1987  
AUFLAGE: 11 000

## FLUGLÄRM ÜBER FRIEDENAU

Fast zehnfache Steigerung der Flugbewegungen

Eine "stille Landgemeinde" ist Friedenau schon lange nicht mehr. Der Stadtverkehr macht sich vor allem in den überregionalen Durchgangsstraßen bemerkbar. Gegen Lärm und Gestank helfen nur noch geschlossene Fenster. Bald kommt es noch dicker: Der Fluglärm über Friedenau nimmt zu.

Vielen, die in der Einflugschneise von und nach Tempelhof wohnen, ist es leid. Das dumpfe oder auch schrille Dröhnen der in Tempelhof startenden und landenden Flugzeuge hört und fühlt sich so an, als ob diese Flugbewegungen im eigenen

Zahl für 1986 schon bei 1.995. Nach Schätzungen des Senats wird diese Zahl im Jahr 1987 bei 3.100, im Jahr 1988 bereits bei 4.500 liegen, eine Steigerung von 1982 bis 1988 auf fast das Zehnfache. Angesichts der z. Zt. überraschend



Wohn- oder Schlafzimmer oder zumindest auf dem eigenen Balkon stattfinden; das Hausdach als Landeplatz für die Maschine aus Paderborn ...? Die Sorgen und Beschwerden der Bevölkerung wachsen mit der Anzahl der Starts und Landungen. Waren im Jahre 1982 noch 479 zivile Flugbewegungen in Tempelhof zu verzeichnen, lag die

steigenden Passagierzahlen im Linienverkehr dürfte die Schätzung für 1988 vermutlich schon zu niedrig liegen.

Kein Wunder, wenn bereits eine Bürgerinitiative besteht, die ihren Einzugsbereich vor allem in Neukölln und Tempelhof, also in unmittelbarer Flughafennähe hat. Nach vorliegenden Berichten stellt

*Liebe Leserin, Lieber Leser, vor nunmehr 10 Jahren, am 1. September 1977 erschien die erste Ausgabe des "Friedenauer Boten". Der damalige Aufmacher "Aus Trotz noch ein Rathaus gebaut" - natürlich war das Friedenauer Rathaus gemeint - stand und steht für ein Programm: Die Probleme Friedenaus, seine Geschichte, seine tagtägliche Entwicklung sollten und sollen den Mittelpunkt unserer Stadtzeitung bilden. Einige Themen dieser zehn Jahre sind nach wie vor aktuell: Verkehrsberuhigung, Spielplätze, Abriß und - wie sollte es auch anders sein - die Frage, wer und was eigentlich zu Friedenau gehört.*

*Wir von der SPD haben uns bemüht, aus unserer Sicht und unserem Verständnis heraus Ihnen Friedenau zu präsentieren: Wie es war, ist und wie es sein könnte. Wir haben dabei ein gutes Gefühl. Zehn Jahre lang haben Sie uns akzeptiert und auch Mut gemacht. Wir machen gerne weiter. Am ersten Advents-Sonntag, dem 29. November d.J., besteht Gelegenheit, den "Friedenauer Boten", seine "Macherinnen" und "Macher" näher kennenzulernen. Bei dem traditionellen Weihnachtsmarkt der SPD und der Falken auf dem Breslauer Platz wird auch der "Friedenauer Bote" mit einem Stand und mit allen alten Ausgaben vertreten sein.*

*Wir freuen uns auf Ihren Besuch.*

*Das Trara um die 750-Jahr-Feier Berlins liegt hinter uns. Ich für meinen Teil habe das Über-Angebot an Veranstaltungen zwar registriert, aber selten selbst wahrgenommen. Ein ruhiges Bier im Kiez war mir meist lieber. Vielen, die ich kenne, ging es ebenso. Die "Brot und Spiele"-Politik dieser Stadtregierung kann weder den "Weißen Kreis" vergessen machen, noch die Bestechungs-Affären oder den Streit um die BVG-Tarife.*

*Wir sind daher unverändert der Meinung, daß dieser Senat abgelöst werden muß.*

**Peter Puchmüller**

sich die zukünftige Entwicklung wie folgt dar:

Ab 1. Januar 1988 soll eine neue Fluglinie von Tempelhof starten.

# FRIEDENAUER BOTE



STADTTEILZEITUNG  
DER SPD  
NR. 22 März 1988  
AUFLAGE: 11 000

## Neonazis: bornierte, dumme Trottel ? Rechtsradikalismus macht Schule

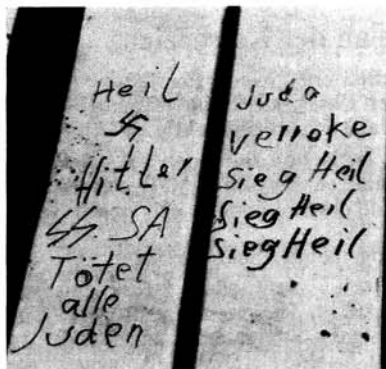
Die Mutter eines Schülers der Friedrich-Bergius-Schule war entsetzt: Am 10. Dezember 1987, um 18.00 Uhr, klingelte bei ihr das Telefon. Ein männlicher Anrufer erklärte, "er wolle das alte Judenschwein" sprechen. Gemeint war der Sohn, der - ebenso wie die Mutter - der jüdischen Religionsgemeinschaft angehört. Die Mutter legte den Hörer auf. Eine halbe Stunde später ging der Sohn selbst an's Telefon und hörte: "Jude, die SS wird dich bald abholen."

Kein Einzelfall, wie sich aus einem Bericht im "Schrittmacher" Nr. 6 der Schülerzeitung des Rheingau- und Paul-Natorp-Gymnasiums ergibt. "Sie alte Bolschewistenhure" hieß es in einem Anruf bei der Mutter eines Natorp-Schülers, "wir bringen das Kommunistenschwein um und Sie auch". Einem anderen Schüler wurde der "Tod in der Gaskammer" gewünscht, ein Redakteur des "Schrittmacher" als drohgeiler Hurensohn bezeichnet und bedroht: "Wenn Du nicht mit Deinem anarchistischen Geschreibsel aufhörst, werden wir Dich und Deine Redaktion etwas ummodellieren. Wir sind es nicht gewohnt, unsere Mitteilungen zu wiederholen." Ein weiteres Schreiben ist mit SS Obergruppenführer Eichmann gezeichnet; es droht dem Redakteur, sein "schwul aussehendes Gesicht mit unseren Eisenstangen zu verschönern."

Keine Dummen-Jungen-Streiche. Neonazis hatte es offensichtlich gestört, daß der "Schrittmacher" in seiner Ausgabe Nr. 5 über Rechtsradikalismus unter Berliner Jugendlichen und das Verteilen rechtsextremer Schriften und Flugblätter vor den Schulen kritisch berichtet hatte.

Der zuständige Stadtrat für Volksbildung, Lawrentz (CDU), wiegelt

ab! In der Sitzung des Schulausschusses vom 7. Januar 1988 erklärt er den völlig überraschten SPD-Schulausschußmitgliedern, über die Verteilung von Flugblättern an Schöneberger Schulen sei ihm nichts bekannt. Rechtsextremisti-



Parkbank vor der Schule:  
Der Schoß ist fruchtbar noch!

sche Vorfälle gäbe es nicht, die neonazistischen Drohungen an zwei Natorp-Schüler und an einen Redakteur der Schülerzeitung "Schrittmacher" seien von außen gekommen. Wie Lawrentz jedoch dem "Stichel" auf Anfrage mitteilte, gibt es bezüglich der Täter noch keine Hinweise, die Polizei ermittelt bisher ohne Erfolg.

Daß Lawrentz nichts gewußt haben will, ist befremdlich. Zwei Redak-

teure des "Schrittmacher" haben in der Ausgabe Nr. 6 in allen Details dargelegt, wann und wie sie den Direktor des Rheingau-Gymnasiums, Söllner, von zwei Verteilaktionen vor der Schule im Herbst 1987 unterrichtet hätten. Dieser habe

Fortsetzung Seite 2

*Liebe Leserin, Lieber Leser, so schnell entlassen wir den zuständigen CDU-Stadtrat nicht aus seiner Verantwortung. Die SPD, deren führende Sozialdemokraten Opfer der Hitler-Diktatur geworden sind, haben die Lehren der Vergangenheit nicht vergessen. Für uns sind rechtsradikale Umtriebe an Schöneberger Schulen keine Lappalie. Das, was Lawrentz bisher zur Aufklärung und Aufhellung unternommen hat, wird der neonazistischen Bedrohung nicht gerecht.*

*Jeder spürt, wie rechtsradikale Tendenzen in unserer Gesellschaft und an den Schulen im Kommen sind. Nach Auffassung des Vorsitzenden der Jüdischen Gemeinde zu Berlin, Galinski, versuchen die Schulleiter alles, "damit ja nichts an die Öffentlichkeit dringt." (Frankfurter Rundschau vom 4.1.1988) Ist dies die Erklärung für den grassierenden Gedächtnisschwund?*

*Die SPD hat schon in dieser Zeitung alle Schüler, Eltern und Lehrer gebeten, über politische Vergiftungserscheinungen an Schöneberger Schulen zu berichten. Sie solidarisiert sich mit ihnen, sie unterstützt sie. Ihre Sache ist auch unsere.*

**Karen Greve**